

Junge Liberale

4. BUNDESKONGRESS

VOM 15. BIS 17. OKTOBER 1981

IN DÜSSELDORF

REDE

DES BUNDESVORSITZENDEN DER JUNGEN LIBERALEN

HANS - JOACHIM OTTO

SPERRFRIST: REDEBEGINN

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Mel... sehr geehrten Damen und Herren !

Verehrte Gäste !

Liebe Freunde !

Die Gegner der F.D.P. wollen wieder mal das Fell der Liberalen verteilen, Wie schon einige Male zuvor in der Geschichte, so glauben sie auch jetzt, uns bereits den Todesstoß versetzt zu haben. Und es ist sicherlich richtig: schwere Wahlniederlagen und der medienwirksame Kampf der F.D.P. gegen sich selbst prägen zur Zeit das Bild unserer Partei. Spott, Hass und Hämie schlagen uns vielerorts entgegen. Unsere F.D.P. ist diesmal in die bisher schwerste Krise ihrer Geschichte geraten.

Aber, liebe Freunde, Liberalismus ist keine Schönwetterveranstaltung! Er muß gerade auch in stürmischen Zeiten sich bewähren. Nichts wäre verkehrter, als **jetzt** den Kopf in den Sand zu stecken und sich noch weiter in die Defensive drängen zu lassen. Wenn wir mit dazu beitragen wollen, das Boot der F.D.P. wieder flottzumachen, müssen wir zunächst einmal die Ursachen der Krise nüchtern und vorurteilsfrei analysieren.

Als Hauptursache der Krise wird von interessierter Seite oft der Regierungswechsel als solcher genannt. Ich behaupte aber: das Ende der sozialliberalen Koalition war unausweichlich und unvermeidbar. Die Kompromißfähigkeit von SPD und F.D.P. war verbraucht. Zwischen beiden Parteien gab es in dem zentralen Bereich der Wirtschafts- und Haushaltspolitik kaum mehr Gemeinsamkeiten. Die sozialliberale Koalition war nicht in der Lage, ein gemeinsames Konzept gegen die Arbeitslosigkeit vorzulegen, sie war nicht in der Lage, die ständig wachsende Staatsverschuldung zu begrenzen. Die Kennzeichen der Koalition waren schließlich Konfusion und Kollision.

Lassen wir uns nun nicht einreden, daß an dieser Entwicklung die F.D.P. allein schuldig sei.

- Waren es nicht Sozialdemokraten, die die Wirtschaftspolitik ihres Kanzlers öffentlich bekämpften ?
 - Waren es nicht Sozialdemokraten, die Helmut Schmidt in der Friedens- und Sicherheitspolitik die Gefolgschaft aufkündigten ?
 - Waren es nicht Sozialdemokraten wie Oskar Lafontaine, die beispielsweise Helmut Schmidt die Sekundärtugenden eines KZ-Wächters bescheinigten ?
 - Wer hat Helmut Schmidt verraten ? Sozialdemokraten.
- Und es ist deshalb historisch falsch und intellektuell unredlich, jetzt den Liberalen die Hauptschuld in die Schuhe schieben zu wollen. Ich hätte daher von der SPD und insbesondere von Helmut Schmidt nach 13-jähriger parlamentarischer Zusammenarbeit etwas mehr Fairneß und moralischen Anstand erwartet. Bei der Beendigung einer Koalition sollte ebenso wie bei einer gescheiterten Ehe das Zerrüttungsprinzip Anwendung finden und beide Seiten sollten darauf verzichten, schmutzige Wäsche zu waschen.

Noch ein Wort zu den Parteifreunden, die sich liberale Politik nur an der Seite der SPD vorstellen können und sich dabei so gern auf Karl-Hermann Flach berufen. Der Geschichtsfälschung sollte nicht Vorschub geleistet werden. Ich zitiere daher Karl-Hermann Flach:

"Ein Dreiparteiensystem, wie es die F.D.P. wünscht, ist nur vollziehbar, wenn die dritte Kraft nach beiden Seiten hin unabhängig und koalitionsbereit ist. Das kann nicht nur theoretisch gelten, sondern muss auch eines Tages praktisch bewiesen werden -und zwar nicht nur in der Landes-, sondern auch in der Bundespolitik."

Diese von Flach geforderte Unabhängigkeit haben wir uns in allen Bereichen der alten Koalition bewahrt, und diese Unabhängigkeit werden wir auch in der neuen Koalition nicht verlieren. Die F.D.P. war nie ein Anhängsel der SPD, und sie wird nie ein Anhängsel der CDU werden. Prinzipiell muß die F.D.P. mit jeder demokratischen Partei koalieren können. Wer dazu nicht bereit ist, verspielt die Eigenständigkeit der F.D.P. und macht sie somit überflüssig.

Nein, liebe Freunde, der Wechsel als solcher hat der F.D.P. nicht geschadet. Was uns aber geschadet hat, waren die Begleitumstände und das Verfahren dieses Wechsels. Sie sind gerade unter Jugendlichen auf Unverständnis und erbitterte Kritik gestoßen und haben die Wahlschläppen in Hessen und Bayern mitbewirkt. Es gab zwar gute Gründe,

die wirtschafts- und staatspolitisch für das konstruktive Mißtrauensvotum sprachen. Dieses Mißtrauensvotum ist auch nach dem Grundgesetz völlig legitim, ja sogar von ihm gefordert. Die Schöpfer unseres Grundgesetzes haben dabei die Erfahrungen aus der Weimarer Republik vor Augen gehabt.

Das Problem liegt nun aber darin, daß sich das Demokratie- und Parlamentarismusverständnis unserer Generation grundlegend gewandelt hat. Im Vordergrund steht heute nicht mehr das Repräsentativsystem des Grundgesetzes, sondern immer stärker der Wunsch nach unmittelbarer Bürgerbeteiligung, nach Formen der direkten Demokratie. Manche mögen das bedauern und auf die Gefahren hinweisen. Keiner aber darf die Augen davor verschließen, daß sich zwischen geschriebenem Verfassungsrecht und dem Empfinden vieler Bürger eine wachsende Kluft auftut. Unter der Bonner Käseglocke scheint diese Entwicklung unterschätzt worden zu sein.

Weit schwerer wiegt allerdings die Kritik an der innerparteilichen Durchsetzung des Koalitionswechsels. Gerade einer liberalen Partei hätte es gut zu Gesicht gestanden, wenn die Meinungsbildung über eine so schwerwiegende Weichenstellung von unten nach oben und nicht umgekehrt verlaufen wäre. Wir Jungen Liberalen hatten uns aus diesem Grunde dafür ausgesprochen, vor der Wahl Helmut Kohls das Votum eines Sonderparteitages einzuholen. Die hierdurch notwendigerweise eingetretene zeitliche Verschiebung hätte allerdings - dies sollte man redlicherweise nicht verschweigen - auch ein Risiko beinhaltet. Das Risiko nämlich, daß SPD und CSU gemeinsam versucht hätten, durch Herbeiführung sofortiger Neuwahlen die F.D.P. zwischen alle Stühle zu setzen.

das wir mußte auch
Auch (bei anderer Gelegenheit) mußten wir (feststellen), daß Strauß und seine CSU sich nicht wie ein konstruktiver und fairer Koalitionspartner verhalten haben. Gerade wegen dieser unrühmlichen Rolle der CSU empfinde ich Beklommenheit, daß Gerhart Baum in den Koalitionsverhandlungen demontiert worden ist und daß wir einen Innenminister Zimmermann vorgesetzt bekamen. Für uns ^{junge} Liberale ist damit allerdings die Leidensgrenze erreicht.

An den Rand unserer Leidensgrenze brachten uns jedoch auch einige Parteifreunde - und hiermit komme ich zu einer weiteren, ganz entscheidenden Ursache unseres derzeitig verheerenden Erscheinungsbildes -

mit ihrem blindwütigen Kreuzzug gegen die F.D.P. ^{in der Tat} Nichts gegen sachliche Kritik, die ist legitim und ~~hilfreich~~. Etwas völlig anderes aber ist es, wenn sogenannte "Parteifreunde" an der Spitze einer vom politischen Gegner inszenierten Verleumdungskampagne marschieren, ⁽²⁾ bewußt Emotionen schüren, Wahlkampfunterstützung verweigern und stattdessen öffentlich zur Wahl anderer Parteien auffordern. Es war einer der schlimmsten Erfahrungen, die ich bei meiner politischen Arbeit je gemacht habe, als ich mitansehen mußte, wie sich nach der ersten Hochrechnung zur Hessenwahl sogenannte Linksliberale stürmisch um den Hals fielen und jubelten. Und dies in einer der schwersten Stunden unserer Partei... Ein solches Verhalten ist nicht nur politisch zutiefst illoyal, es ist auch menschlich beschämend. Wer öffentlich das Scheitern der F.D.P. an der 5% - Hürde propagiert, hat sich innerlich bereits von dieser Partei gelöst und sollte hieraus die Konsequenzen ziehen und schon aus Gründen der persönlichen Glaubwürdigkeit gehen.

Was muß die F.D.P. nun tun, um aus der Talsohle herauszukommen? Nicht wenige meinen jetzt, sie müßte den Kapitän unseres Schiffes auf hoher See über Bord werfen, ohne aber zu wissen, wer dann das Steuer übernehmen soll. Ich halte dies für unverantwortlich und möchte Euch zudem ein Zitat Gerhart Baums vorlesen. Es stammt vom 18. August dieses Jahres:

"Personaldiskussionen tragen nichts bei zur Sache der Liberalen. In dieser gefährlichen Zeit muß umgekehrt angeknüpft werden an die eigentliche Kraft der Liberalen, Gefährdungen schöpferisch umzusetzen in einen selbstbewußten Aufbruch zu Perspektiven, die mehr sind als bloße Koalitionsperspektiven oder gar personelle Perspektiven. (...) Auseinandersetzungen um personelle "Perspektiven" liegen nicht nur neben der Sache, sie können auch der Sache der Liberalen schaden."

Also, liebe Freunde, ich kann dem nur voll zustimmen, Wort für Wort. Allerdings sollte auch Baum so handeln wie er noch vor kurzem gesprochen hat. In der Tat muß, die F.D.P. jetzt durch inhaltliche Impulse ihre liberale Identität wiederfinden. Mit Personal- oder Koalitionsgezänk kann nur das Gegenteil erreicht werden. Wir müssen uns endlich wieder gemeinsam unserer historisch gewachsenen Grundideen besinnen und hieraus aktuelle Antworten auf die wachsenden Herausforderungen unserer Zeit ableiten. Wir müssen uns angewöhnen, in längeren Zeitabschnitten

zu denken und nicht immer nur ängstlich auf den nächsten Wahltermin starren. Wir brauchen Perspektiven, um dem lähmenden Wirtschafts- und Kulturpessimismus unserer Tage entgegensteuern zu können. Denn Zeiten der Unsicherheit und der Angst waren schon immer schlechte Zeiten für Liberale. Ralf Dahrendorf hat einmal gesagt: "Liberale Haltungen verlangen Selbstbewußtsein. Der Ängstliche ist zu allen Zeiten ein schlechter Liberaler gewesen." Damit unsere Politik endlich wieder Zuversicht und Optimismus ausstrahlen kann, müssen wir lernen, stärker als bisher über den Tellerrand der alltäglichen Sorgen und Probleme hinauszublicken. Diese Aufforderung richtet sich gerade an uns Junge Liberale, denn gerade wir werden an den Versäumnissen der heutigen Politik besonders lange zu tragen haben.

Wir Junge Liberale sollten früher als andere erkennen, welche Chancen gerade die neue Koalition mit den Konservativen für eine zukunftsweisende liberale Politik eröffnet: Während die F.D.P. in der sozialliberalen Koalition naturgemäß die Aufgabe eines Bremsers übernehmen mußte, kann und muß sie jetzt zum Motor der neuen Regierung werden. Diese Funktion als treibende Kraft ermöglicht es ihr, leichter als bisher ihre programmatische Stärke zu beweisen.

Dies gilt besonders für den Themenbereich der Innen- und Rechtspolitik, einer klassisch liberalen Domäne. Dieser Bereich ist in den Koalitionsverhandlungen stark vernachlässigt worden. Hier werden wir Liberale uns aber gerade im kommenden Bundestagswahlkampf umso positiver von den betulichen Unionsparteien abheben können. Wir Jungen Liberalen wollen und werden die Initiative ergreifen und uns dabei auf folgende Forderungen konzentrieren:

- Für die Sicherung des Rechtsstaates - gegen eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts oder eine Demontage des Datenschutzes
- Für den Ausbau des Umweltschutzes, für die ökologische Marktwirtschaft - gegen den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals
- Für Verantwortungsbewußtsein gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten - klare Absage an Ausländerhass
- Für eine besonnene Reform unserer parlamentarischen und innerparteilichen Demokratie - aber gegen eine rätendemokratische oder plebiszitäre Systemveränderung.

Ein weiterer Themenbereich, der gerade für Liberale eine besondere Bedeutung gewinnt, ist die Gesellschafts- und Sozialpolitik.

Bisher wurde diese Thematik leider allzu häufig nur unter dem Gesichtspunkt unserer Haushalts- und Finanzprobleme gesehen. Es ist zwar unbestreitbar, daß unser soziales Netz aus seiner finanziellen Verankerung zu reißen droht. Dies allerdings ist nicht das einzige Problem. Wir dürfen daher nicht einfach Gelder kürzen und die alte Politik auf niedrigerem Niveau unverändert fortführen. Denn diese Politik widerspricht massiv liberalen Grundvorstellungen.

Zum einen schafft der bisherige Versorgungsstaat keinerlei Anreize für einen sparsamen Umgang mit den öffentlichen Geldern, im Gegenteil, er lädt zu Mißbräuchen geradezu ein. Nach dem "Windhundprinzip" entscheidet oft nicht die höchste Bedürftigkeit, sondern die größte Cleverness und Erfahrung im Dschungel der sozialrechtlichen Paragraphen. Zum anderen - und dies schmerzt gerade Liberale - lähmt der Versorgungsstaat die Eigenverantwortung und Selbsthilfe der Betroffenen. Bei sehr vielen entstand die Erwartung, der Staat könne ihnen alle Risiken des Lebens abnehmen. Der Versorgungsstaat hat im Ergebnis nicht mehr Freiheit und auch nicht mehr Gerechtigkeit gebracht, sondern mehr Bevormundung.

Liebe Freunde, wir müssen das Diktat der leeren Kassen als eine liberale Reformchance erkennen und nutzen. Wir stehen vor der Aufgabe, unserem Ideal der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung auch in der Sozialpolitik Geltung zu verschaffen. Diese Aufgabe werden wir nur lösen können in einem Zusammenspiel "kollektiver Selbstverpflichtung, Nachbarschaft und Einzelverantwortung" (Dahrendorf). Als ersten Schritt hierzu muß die wuchernde öffentliche Sozialbürokratie zurückgedrängt werden zugunsten einer stärkeren Initiierung und Förderung privater Selbsthilfeorganisationen. Anstelle der vielzitierten "sozialen Hängematte" sollte eine Vielzahl "kleiner Netze" geknüpft werden. Diese sind nicht nur in der Lage, wirkungsvoller und kostengünstiger zu arbeiten als eine anonyme zentralisierte Bürokratie. Sie fördern auch Selbstverantwortung, soziales Engagement und demokratische Mitsprache. Liberale Gesellschafts- und Sozialpolitik hat also nicht nur das Ziel, Steuergelder zu sparen, sondern sie soll vor allem auch wieder mehr

Mitmenschlichkeit und Humanität in unsere Gesellschaft bringen.

In diesem Sinne ist auch das Motto unseres Bundeskongresses "Der Eigeninitiative eine Chance" zu verstehen. Wir Jungen Liberalen wollen dazu beitragen, dem Irrglauben an die unbegrenzten Möglichkeiten des Staates zu zerstören, privatem Engagement und Ideen stärkeres Gewicht zu verleihen und den Gestaltungs- und Entfaltungsspielraum des einzelnen wieder auszubauen.

Wir Jungen Liberalen wollen die Abkehr von einer Entwicklung, die durch ein Übermaß an öffentlicher Reglementierung Eigeninitiative und Selbsthilfe im Keime erstickt hat. Wir wollen, daß die Menschen ihr Leben wieder stärker in die eigene Hand nehmen.

Wir Jungen Liberalen bekennen uns eindeutig auch zur sozialen Verantwortung gegenüber denen, die sich selbst nicht helfen können. Wir wollen aber ein Sozialsystem, das nicht länger auf staatlicher Bevormundung, sondern vielmehr auf gesellschaftlicher Mitverantwortung aufbaut.

Liebe Freunde, das Motto "Der Eigeninitiative eine Chance" gilt aber gleichermaßen auch für unsere innerparteiliche Situation. Wir Jungen Liberalen haben uns gegründet, weil die F.D.P.-Spitze ihre Führungsaufgabe in der Jugendarbeit über zehn Jahre sträflich vernachlässigt hat. Die wachsenden Probleme der Partei mit den Judos sind doch nicht wie eine Sternschnuppe vom Himmel gefallen ! Sie waren abzudehen spätestens seit der Verabschiedung des fatalen "Leverkusener Manifests" der Judos im Jahre 1971. Doch die F.D.P.-Führung schlug alle Warnungen in den Wind und fütterte brav ein Trojanisches Pferd in den eigenen Reihen.

Vor diesem Hintergrund haben wir Jungen Liberalen vor nunmehr zwei Jahren die Eigeninitiative ergriffen. Wir haben uns gegründet ohne jede Unterstützung der Partei, ja sogar anfangs gegen ihren Willen. Der immer abstrusere und parteischädigendere Kurs der Jungdemokraten seither hat die Notwendigkeit und Berechtigung unseres Engagements - soll man sagen: leider ? - voll bestätigt. Unsere Eigeninitiative hat der F.D.P. die Chance eröffnet, sich auf einen Jugendverband stützen zu können, der ihr in einer kritischen Lage solidarisch zur Seite steht. Umso unbegreiflicher und kritikwürdiger ist es daher, daß die F.D.P. uns noch immer finanziell im Regen stehen läßt und

uns die Chancengleichheit mit den Judos verwehrt. Es ist doch wirklich ein politischer Treppenwitz, daß die F.D.P. mit ihren Jugendförderungsmitteln an die Jungdemokraten derzeit ihre eigene Spaltung finanziert. Das Maß ist voll! Wir fordern die F.D.P. auf, in Berlin auf dem Bundesparteitag aus der faktisch längst vollzogenen Trennung der Judos von der Partei nunmehr auch formal alle Konsequenzen zu ziehen.

Auch unter den Jungdemokraten gibt es allerdings manche, die die Vernichtungskampagne und den Spaltungs-tam-tam ihrer Judo-Häuptlinge mißbilligen. Solchen parteiloyalen Jungdemokraten machen wir ein Angebot: Kehrt Eurem Verband den Rücken, wir bieten Euch eine neue jugendpolitische Heimat an!

Ein Angebot machen wir auch an die F.D.P. : Wir Jungen Liberalen haben inzwischen das organisatorische und programmatische Fundament gelegt, um zukünftig alle Rechte und Pflichten als alleiniger Jugendverband unserer Partei übernehmen zu können.

Im Gegenzug allerdings muß uns die F.D.P. nach dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe die ideellen und materiellen Voraussetzungen für diese Aufgaben schaffen. Dieser für die Zukunft der Partei so entscheidende Schritt muß bereits jetzt auf dem bevorstehenden Parteitag in Berlin vollzogen werden.

Wir appellieren daher an die F.D.P.:

Liebe Parteifreunde, greifen Sie das Angebot der Jungen Liberalen auf ! Geben Sie unserer Eigeninitiative eine Chance !